

Hagemann, Rainer

Article — Digitized Version

Die wirtschaftliche Bedeutung des Nordseeöls

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hagemann, Rainer (1976) : Die wirtschaftliche Bedeutung des Nordseeöls, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 1, pp. 27-30

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134904>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Nordseeöls

Rainer Hagemann, London

Die Ölfunde in der Nordsee haben in Großbritannien Hoffnungen geweckt, die angesichts der aktuellen Wirtschaftsmisere oft weit überzogen erscheinen. Dies zeigt eine nähere Analyse der Auswirkungen des Nordseeöls auf die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens.

Die Ankündigung der britischen Regierung, in der Pariser Erdöl- und Rohstoffkonferenz einen eigenen Sitz zu beanspruchen, fiel zeitlich fast genau mit der Eröffnung der ersten Pipeline von der Nordsee zur schottischen Küste zusammen. Großbritannien hat damit politisch wie ökonomisch den Weg vom Ölverbraucherland zu einem Erzeugerland angetreten. Zugleich bringt die Entwicklung nicht nur für die europäische Gemeinschaft, sondern auch für das Vereinigte Königreich eine Reihe von Belastungsproben mit sich.

Um die Bedeutung des Nordseeöls für Großbritannien und Westeuropa abschätzen zu können, ist es notwendig, die Vorräte in der Nordsee mit den Weltvorräten zu vergleichen bzw. die Produktionsziffern einander gegenüberzustellen. Die Abschätzung dieser Relationen ist jedoch wegen der Unsicherheit der verfügbaren Reserven häufig ein kühnes Unterfangen, und wenn man einen Blick auf die veröffentlichten Schätzungen in der Vergangenheit wirft, bezweifelt man den Sinn derartiger Zahlenspiele. Trotz dieser generellen Einwände erscheint es nützlich, eine grobe Orientierung über die verfügbaren Daten zu geben, da sie zumindest den aktuellen Stand der Schätzungen verdeutlichen können.

Gemessen an den Weltreserven wird der Ölanteil, der in der Nordsee vermutet wird, auf ca. 2 bis 3% veranschlagt. Danach wird das Nordseeöl zumindest im Weltmaßstab keine übermäßig bedeutende Rolle spielen können, da die Fördermengen, selbst wenn sie auf wenige Jahre konzentriert werden sollten, kaum einen großen Einfluß auf das allgemeine Marktgeschehen haben werden. Die Vorräte sind bis heute nur zum Teil erforscht. Im britischen Sektor der Nordsee sind

bisher nur für etwa 40% der Fläche Lizenzen vergeben worden¹⁾, und auch in vielen der zugeordneten Blöcke sind noch keine Bohrungen unternommen worden. Im Zuge der weiteren Erforschung potentieller Ölfelder können sich daher noch gewisse Veränderungen ergeben. Ferner sind die Grenzen in bestimmten Teilen der Nordsee noch nicht eindeutig bestimmt; in diesen Gebieten sind die Forschungsarbeiten noch nicht aufgenommen worden.

Aus westeuropäischer oder britischer Sicht können jedoch mit Recht einige Hoffnungen an das Nordseeöl geknüpft werden. Denn bisher konnte Westeuropa nur einen minimalen Anteil seines Rohöls durch Eigenförderung decken. Im Jahre 1973 stand der eigenen Produktion in Höhe von 22 Mill. Tonnen ein Verbrauch von etwa 750 Mill. Tonnen gegenüber, wobei in einer längerfristigen Betrachtung die Produktionszuwächse noch weit unter den jeweiligen Steigerungen des Verbrauchs lagen²⁾. Die Substitution von Kohle durch Rohöl und die starke Konzentration der Ölimporte auf die Staaten des Nahen Ostens haben die Energieversorgung für Westeuropa zu einem erheblichen Risiko werden lassen, das durch das Nordseeöl entscheidend vermindert werden kann.

Verringerung der Importabhängigkeit

Durch die Atomenergie, die Reaktivierung der heimischen Steinkohle und durch das Nordseeöl kann die Energiebasis Westeuropas in den nächsten 10 bis 20 Jahren entscheidend verändert werden. Das Nordseeöl erleichtert wesentlich den Umstrukturierungsprozeß, der notwendig ist, um sich von der Importabhängigkeit im Erdölbereich zu lösen. Die mögliche Produktion im britischen Teil der Nordsee wird für die 80er Jahre auf etwa 130 bis 160 Mill. Tonnen geschätzt, wobei Steigerungsmöglichkeiten in der weiteren Zukunft bestehen³⁾. Da diese Ziffern zum Teil die potentielle

Rainer Hagemann, 28, Dipl.-Volkswirt, war bis zum September 1975 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg. Gegenwärtig ist er für die Unternehmensberatungsfirma McKinsey in London tätig.

¹⁾ Vgl. World Offshore Oil & Gas: Bericht der Scottish Council, Development and Industry, Edinburgh 1975, S. 44.

²⁾ Vgl. West Central Scotland Plan, Strathclyde: The economic impact of Offshore Oil, Glasgow 1975, S. 13.

³⁾ Vgl. Department of Energy: Development of the oil and gas resources of the United Kingdom, London 1975, S. 14 f.

Förderung aus bisher nicht entdeckten Feldern enthalten, sind sie mit erheblichen Vorbehalten zu versehen. Immerhin ist das Nordseeöl im westeuropäischen Kontext keineswegs eine marginale Größe, sondern es wird in den zehn Jahren zu einem erheblichen Faktor in der Energiebilanz. Bei leicht sinkendem Anteil des Rohöls am Gesamtbedarf an Primärenergie kann das Nordseeöl erheblich zur Verminderung der bestehenden Importrisiken beitragen.

Keine Preissenkungen

Aus britischer Sicht gehen dagegen die Hoffnungen noch weit über diesen Rahmen hinaus, und das Ziel der Selbstversorgung mit Rohöl rückt in greifbarer Nähe. Für Mitte der 80er Jahre wird angenommen, daß Großbritannien seinen Verbrauch von etwa 120 Mill. Tonnen pro Jahr durch eigene Produktion decken kann. Erdölexporte werden ebenfalls anvisiert, ihr Umfang soll jedoch nach den Wünschen der britischen Regierung kontrolliert werden.

Die Förderung von Nordseeöl wird wahrscheinlich keine wesentlichen Preisbewegungen auslösen. zumindest erscheinen alle Hoffnungen auf Preissenkungen verfehlt, da die hohen Produktionskosten in der Nordsee keine Preissenkungen zulassen. Die Erforschung und Entwicklung weiterer, weniger profitabler Felder setzt eher weitere Preiserhöhungen voraus, um Anreize für entsprechende unternehmerische Aktivitäten zu geben.

Energiepolitisch ist insgesamt auch mit der Förderung von Rohöl aus der Nordsee keine Entwicklung denkbar, die zu Verhältnissen wie vor der Ölkrise führt. Die Vervielfachung des Ölpreises war vielmehr eine entscheidende Voraussetzung, um die hohen Investitionen in der Nordsee zu ermöglichen. Zumindest eine privatwirtschaftliche Ausbeutung der Erdölvorräte wäre ohne die sprunghaften Preiserhöhungen im Herbst und Winter 1973/74 nicht denkbar. Der entscheidende Vorteil des Nordseeöls liegt daher kaum auf preislichem Gebiet, sondern vielmehr in einer Erhöhung der Versorgungssicherheit.

Die Erforschung, Entwicklung und Ausbeutung der Ölfelder hat in relativ kurzer Zeit zur Entstehung eines sogenannten Offshore-Marktes geführt. Zu diesem Markt gehören alle Investitionsgüter und Dienstleistungen, die für die Arbeiten auf See oder an Land erforderlich sind. Dieser Markt weist für jedes einzelne Ölfeld ein gewisses zeitliches Profil auf, da die Nachfrage mit dem jeweiligen Entwicklungsstadium des Feldes variiert. Nach Schätzungen des Stanford Research Institute entfallen etwa 5 bis 25 % der Gesamtkosten auf die Erforschung des Feldes und die Durchführung der Probebohrungen. Der Haupt-

anteil der Ausgaben, etwa 60 bis 70 %, wird für die Entwicklung eines Ölfeldes aufgewendet. Hierin sind die Investitionskosten für den Transport, in der Regel durch Pipelines, mit eingeschlossen. Nach Anlauf der Produktion werden nochmals 15 bis 25 % der gesamten Investitionskosten fällig, um die Anlagen instandzuhalten und die nötigen Ersatzbeschaffungen vorzunehmen⁴⁾.

Diese temporale Marktstruktur führt im allgemeinen zu erheblichen Diskontinuitäten in der Beschäftigung, da bestimmte Anlagen, wie etwa die Produktionsplattformen, nur in bestimmten Entwicklungsphasen beschafft werden. Durch die Entwicklung einer Vielzahl von Feldern können diese Schwankungen zum Teil ausgeglichen werden. Dennoch bleibt ein erhebliches Risiko bei den meisten Offshore-Geschäften bestehen, da die benötigten Güter in sehr unterschiedliche Marktsegmente gehören und entsprechende Spezialisierungen notwendig machen. Diese sektorale Aufsplitterung des Offshore-Marktes läßt damit nur in wenigen Fällen einen unternehmensinternen Ausgleich der Beschäftigungsschwankungen zu. Jedoch auch für den gesamten Offshoremarkt in Großbritannien lassen sich derartige Wellenbewegungen feststellen.

Im Jahre 1973 wurde das gesamte Marktvolumen noch auf etwa 300 Mill. £ jährlich (1973–1980) geschätzt⁵⁾, während allein im Jahre 1974 ein Umsatz von ca. 1,3 Mrd. £ (fast 7 Mrd. DM) getätigt wurde⁶⁾. Diese Ziffer schließt jedoch den gesamten Servicebereich mit ein, der zu fast 40 % zum Marktvolumen beiträgt. Die Schätzungen für den Kapitalgüterbereich sind dagegen inzwischen auf etwa 500–750 Mill. £ nach oben korrigiert worden, so daß das 1974er Ergebnis bereits in diese Bandbreite fällt. Der Hauptteil der investiven Ausgaben entfiel im vergangenen Jahr auf Stahl- und Betonplattformen und deren Ausrüstung sowie auf Pipelines. Im Servicebereich schlugen sich vor allem die Ausgaben für die Explorationstätigkeit und für die Installation der Pipelines nieder.

Politik des „Buy British“

Die Beschäftigungswirkungen, die von den Offshore-Aktivitäten ausgehen, sind nicht nur auf Schottland konzentriert, sondern streuen über ganz Großbritannien. Ein nicht unerheblicher Teil der Aufträge geht ferner ins Ausland, wobei westeuropäische Länder und die USA die Hauptnutznießer dieses Booms sind. Im IMEG-Bericht wurde

4) Vgl. Stanford Research Institute (Hrsg.): European Energy Industries, Report Nr. 492, Juli 1973, S. 25 ff.

5) Vgl. Study of Potential Benefits to British Industry from Offshore Oil and Gas Development, International Management and Engineering Group of Britain (IMEG), im Auftrage des Department of Trade and Industry, HMSO, London, 1972, S. 23.

6) Vgl. *Offshore Oil and Gas: A summary of orders placed by operators during 1974*, London 1975.

angenommen, daß sich der britische Marktanteil auf etwa 25–30% beläuft und ohne staatliche Initiativen um ca. 10 Prozentpunkte steigen würde⁷⁾. Die hohe Importquote erklärte sich in den Anfangsjahren zum Teil aus dem technologischen Vorsprung, den etwa die Amerikaner im Offshore-Bereich durch ihre Erfahrungen im Golf von Mexiko besaßen. Darüber hinaus spiegelt sich jedoch in diesen Zahlen auch die geringe britische Wettbewerbsfähigkeit wider. Von Preis, Qualität und Lieferzeit her zogen die Ölgesellschaften häufig ausländische Anbieter vor.

Die britische Regierung griff daher die Empfehlung des IMEG-Reports auf und gründete das sog. Offshore Supplies Office, dessen Aufgabe es ist, der britischen Industrie „eine volle und faire Marktchance“ zu geben⁸⁾. Das Büro, das Teil des Department of Energy ist, vermittelt einerseits Informationen zwischen Nachfragern und potentiellen Anbietern, übt jedoch teilweise auch Druck auf die Ölfirmen aus, in Großbritannien zu kaufen. Als Mitglied der EG kann die britische Regierung zwar keinen direkten Kontrahierungszwang aussprechen, jedoch hat eine „Code of Practice“⁹⁾ das Verfahren zur Placierung von Aufträgen im Ausland stark formalisiert und gibt dem Offshore Supplies Office eine Reihe von Interventionsmöglichkeiten. Die „Buy British“-Politik hat in der Zwischenzeit den britischen Anteil bei Investitionsgütern auf knapp 50% erhöht. Bei den Dienstleistungen ist dagegen die Importsubstitution nur schwer möglich, so daß der ausländische Anteil in diesem Bereich noch immer bei über 70% liegt.

So verständlich die „Buy British“-Politik aus beschäftigungs- und zahlungsbilanzpolitischen Gründen auch sein mag, so schwierig ist sie in ihrer praktischen Realisierung. So hat die britische Regierung beispielsweise im Bereich Plattformen interveniert, da mit jedem Auftrag etwa ein Volumen von 60 Mill. £ im Lande belassen und Beschäftigung für etwa 18 Monate gesichert werden kann. Im Vertrauen auf ihre Prognosen über zukünftige Orders hat sie selbst ein Dock in Schottland errichtet, das jedoch nun wegen der rückläufigen Aktivität ungenutzt ist¹⁰⁾.

Wenig beeindruckende Beschäftigungseffekte

Die Beschäftigungseffekte, die sich aus dem Offshore-Geschäft in Großbritannien ergeben, sind naturgemäß schwierig zu erfassen, da insbesondere bei den weitverzweigten Zulieferindustrien oft gar nicht bekannt ist, daß die Letztverwendung der gelieferten Teile im Offshore-Bereich liegt. Ferner ist im Bereich des Bauwesens und der Infrastruktur häufig unklar, Inwieweit diese Investitionen direkt auf die Offshore-Aktivitäten zurückgehen oder ob sie auch ohne diese durchge-

führt worden wären. Bei einer Untersuchung des Department of Industry, die sich auf Schottland bezog, wurde daher der gesamte Bausektor ausgeklammert. Danach waren Ende 1974 in Schottland etwa 24 000 Personen mit Aufträgen aus dem Offshore-Bereich beschäftigt. Dieses Ergebnis stützt sich auf eine Befragung, die vom Ministerium bei 705 Firmen durchgeführt worden war¹¹⁾. Die Regionalaufteilung zeigt, daß der Nordosten Schottlands, in dem der Service-Bereich konzentriert ist, kaum mehr vom Ölboom profitiert als die Region um Glasgow, wo eine Vielzahl der Zulieferindustrien beheimatet ist. Der indirekte Beschäftigungseffekt wird auf etwa 35 000 bis 40 000 Personen geschätzt und ist damit fast doppelt so groß wie der direkte¹²⁾.

Bei einer Gesamtzahl von etwa 2 Mill. Beschäftigten in Schottland mögen diese Zahlen wenig beeindruckend erscheinen. Eine direkte Verringerung der Arbeitslosenrate, die in Schottland während der vergangenen Konjunkturzyklen fast doppelt so hoch war wie im britischen Durchschnitt¹³⁾, erscheint auf diese Weise kaum möglich. Dennoch kann das Nordseeöl zur Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit einen erheblichen Beitrag leisten, weil der Offshore-Markt relativ breit gefächert ist und auch die rückläufigen Industriezweige, wie etwa den Schiffbau und die Schwerindustrie, erfaßt, die in Schottland weit überproportional vertreten sind. Zum anderen kann das Nordseeöl wichtige „spin-off“-Effekte hervorbringen, auch wenn der Entwicklungsboom nachläßt. Denn durch die neu gewonnene Rohstoffbasis könnte Schottland auf längere Sicht für den Bau von Raffinerien und chemischer Industrie interessant werden. Der strukturelle Wandel, der durch das Nordseeöl in Schottland eingeleitet worden ist, geht daher weit über den quantitativ erfaßbaren Beschäftigungseffekt hinaus.

Entlastung der Zahlungsbilanz

Von wesentlicher Bedeutung ist ferner die Entlastung der britischen Zahlungsbilanz, die sich aus der Importsubstitution ergibt. Im Jahre 1974 mußte Großbritannien etwa 3,4 Mrd. £ für den Import von Rohöl aufwenden¹⁴⁾. Diese Ausgaben

⁷⁾ Vgl. IMEG-Report, a. a. O., S. 24.

⁸⁾ Eine Selbstdarstellung der Aufgaben des OSO ist enthalten im Offshore Supplies Office – OSO, Hrsg. Department of Energy, London, September 1975.

⁹⁾ Vgl. Buy British code agreed, in: Offshore Oil, vom 13. November 1975.

¹⁰⁾ Vgl. C. Baur: Depressed market for platforms, in: Financial Times vom 19. November 1975, Schottland-Beilage, S. V.

¹¹⁾ Vgl. Oil-related developments in Scotland, Beilage zum Scottish Economic Bulletin, No. 7, Februar 1975, S. 4.

¹²⁾ Vgl. C. Baur: Scotland's stake, in: European Offshore Technology, Beilage zur Financial Times vom 15. September 1975, S. VIII.

¹³⁾ Vgl. Economic Development and Devolution, herausgegeben vom Scottish Council Research Institute Ltd., Edinburgh, Juni 1974, S. 6.

¹⁴⁾ Vgl. Overseas Trade Statistics of the United Kingdom, Dezember 1974, London 1975.

sind zu etwa 90 % für die defizitäre Lage der britischen Zahlungsbilanz verantwortlich. Die Reduktion dieser Ausgaben bzw. ihr Wegfall versetzt die britische Regierung daher in die Lage, ihre Wirtschaftspolitik wesentlich stärker auf binnenwirtschaftliche Ziele auszurichten. Nach Modellrechnungen von MacKay kann das britische Zahlungsbilanzdefizit bis 1978 abgebaut und danach in einen positiven Saldo verkehrt werden¹⁵⁾.

Auch wenn derartige Rechnungen stark hypothetischen Charakter haben, kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß dann der Druck auf das Pfund nachläßt und die Notwendigkeit zahlungsbilanzbedingter Restriktionspolitik abnimmt. Diese Möglichkeiten werden noch verstärkt, wenn es Großbritannien gelingt, seine Offshore-Technologie nach Übersee zu verkaufen, wo Erforschung und Ölförderung bisher an großen Wassertiefen und widrigen Witterungsbedingungen gescheitert sind. Nach Schätzungen wird in jedem Fall der Offshore-Anteil bei der Rohölförderung in den nächsten fünf Jahren von 13 % (1973) auf ca. 25 % steigen¹⁶⁾.

Politische Implikationen des Nordseeöls

Politische Implikationen ergeben sich nicht nur auf längere Sicht, sondern werden in vielen Bereichen auch schon heute sichtbar. Dabei erscheint der außenpolitische Umschwung in bezug auf die Pariser Rohstoffkonferenz noch nicht einmal der wichtigste Aspekt zu sein. Innenpolitisch stehen zwei Fragen in direktem Zusammenhang mit dem Nordseeöl: einmal die Kontrolle der Regierung über die nationalen Ressourcen und zum anderen das Verhältnis von England zu Schottland.

Hinsichtlich der Kontrolle der Erdölproduktion versucht die britische Regierung, mehr Einfluß zu gewinnen und sich von den Entscheidungen der internationalen Erdölgesellschaften unabhängiger zu machen. Wesentliches Ziel der Regierungsbestrebungen ist es, den Ablauf der Entwicklungen stärker als bisher zu kontrollieren. Insbesondere möchte sie für die Jahre nach 1982 den Umfang der Produktion regulieren können. Bei neuen Lizenzvergaben werden daher entsprechende Klauseln in die Verträge eingebaut, um einem zu starken Export von Rohöl vorzubeugen, wenn er nicht im Interesse Großbritanniens liegt. Wenn das Ziel der Selbstversorgung erreicht ist, wird eine flexible Politik gewünscht, um je nach wirtschaftlicher und politischer Situation den Export an Rohöl beeinflussen zu können. Derartige Eingriffe sind logischerweise aus unternehmenspoli-

tischer Sicht nicht wünschenswert, da sie einen Teil der Kontrolle über Produktion und Rentabilität aus der Hand der Geschäftsleitungen auf die Regierung überträgt.

In die gleiche Richtung, jedoch wesentlich weitgehender, zielen die Pläne einer Staatsbeteiligung am Erdölgeschäft. Die Absicht der Regierung, 51 % der Produktion zu übernehmen, ist bislang auf heftigen Widerstand der Ölgesellschaften gestoßen, und es ist bis jetzt unklar, wie und zu welchem Zeitpunkt die Regierung ihre Pläne realisieren wird. Die Errichtung der British National Oil Corporation (BNOC) war zwar ein erster Schritt, jedoch sind die genaue Zielsetzung und die finanzielle Ausstattung dieses Unternehmens bislang nicht bekannt. Eine 51 %ige Übernahme der Felder kann jedoch ernsthaft nur in Frage kommen, wenn die britische Regierung sich an den enorm hohen Erschließungskosten entsprechend beteiligt¹⁷⁾.

Die bisherigen Absichtserklärungen, die auch die Einführung einer Sondersteuer auf Erdölgewinne in Form einer Petroleum Revenue Tax einschließen, haben bisher in erster Linie zu einer Verminderung der Aktivitäten geführt, da die Ölgesellschaften ihre Ausgaben drosseln bzw. nicht an die inflationären Kostensteigerungen anpassen. Solange die Beziehungen zwischen den Ölgesellschaften und der britischen Regierung nicht eindeutig und auf Dauer geklärt sind, werden die Erschließungsarbeiten sicher nicht den Umfang annehmen, den sie im vergangenen Jahr hatten. Die Förderung von Nordseeöl hat die innenpolitische Landschaft in Großbritannien erheblich verändert und die Gewichte nach Norden verlagert. Die Forderung der Schotten nach einer eigenen Verwaltung und einer eigenen Regionalversammlung haben durch den neuen Reichtum erheblichen Auftrieb erhalten. Auch wenn die Forderung nach Unabhängigkeit, wie sie von Teilen der schottischen Nationalisten erhoben wird¹⁸⁾, keine Chance auf Verwirklichung hat, so ist dennoch der Prozeß der Machtverlagerung von Whitehall nach Edinburgh durch das Nordseeöl beschleunigt worden. Das White Paper¹⁹⁾, das die britische Regierung im November vorgelegt hat, gibt den Schotten eine Reihe von Entscheidungsbefugnissen im Bereich des Erziehungswesens, der Landesplanung und des Wohnungsbaus, behält jedoch alle wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungsbefugnisse in London.

¹⁷⁾ Die Erschließungskosten des Forties-Feldes betragen z. B. fast 700 Mill. £. Vgl. North East Scotland and the offshore oil industry, Aberdeen 1975, S. 14.

¹⁸⁾ Die schottischen Nationalisten (SNP) konnten bei den letzten Unterhauswahlen immerhin 22 % aller Stimmen in Schottland erzielen. Auch wenn viele Stimmen unter der Kategorie „Protestwähler“ einzuordnen sind, bleibt das Faktum einer stärkeren Artikulation Schottlands bestehen.

¹⁹⁾ Vgl. Our changing Democracy: Devolution to Scotland and Wales, HMSO, London 1975.

¹⁵⁾ Vgl. G. A. und D. I. MacKay: Sharing out the oil bonanza, in: The Guardian vom 23. Juni 1975, S. 13.

¹⁶⁾ Vgl. World Offshore Oil & Gas, a. a. O., S. 11.